

## „Die neue Weltbühne“

In Prag herausgegeben von Dr. Budziszewski, jetzter Professor an der Fakultät für Journalistik, war in den Jahren nach dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland ein geistiges Zentrum für die Vorbereitung einer antifaschistischen Volksfront. U. a. führten hier Walter Ulbricht und Franz Dohlem über viele Ausgaben hinweg die öffentliche Diskussion mit sozialdemokratischen Funktionären um die Bildung der Einheitsfront von KPD und SPD und der Volksfront.

Wir veröffentlichen angesichts der aktuellen Bedeutung dieser Beiträge im Zusammenhang mit dem offenen Brief der SED an die SPD Auszüge aus zwei Artikeln Walter Ulbrichts in dieser Zeitschrift.

Aus „Schmiedet die Aktionseinheit gegen den Hitlerfaschismus“, Nr. 43/1934.

...Die Kommunistische Partei will also unter Einsetzung aller ihrer Kräfte den gemeinsamen Kampf mit den Sozialdemokraten gegen Hitler verwirklichen. Wir sind überzeugt, daß die nächsten Schritte dieses gemeinsamen Kampfes trotz Meinungsverschiedenheiten über verschiedene Fragen möglich sind. Wir stimmen mit dem sozialdemokratischen Verfasser darin überein: „Am Anfang der Einheit steht die Einheit der Tat.“

Diese Einheit der Tat, der gemeinsamen Aktion gilt es ohne Zögern und Schwanken praktisch und konkret zu verwirklichen...

Die kommunistischen Parteiorganisationen und die sozialdemokratischen Arbeiter und Gruppen im Lande müssen praktische Vereinbarungen treffen, für welche die nächsten Forderungen der gemeinsamen Kampf organisiert werden soll. Es müssen Massenaaktionen gegen die Durchführung des Arbeitsgesetzes im Betrieb, gegen die Verschickung der Erwerbslosen auf das Land, gegen den Lohnraub durch Spenden usw. ausgelöst werden. Durch gemeinsame Vorbereitung der Betriebsver-

sammlungen, bei Veranstaltungen und Zusammenkünften der faschistischen Massenorganisationen gilt es, die Massen an den Kampf um diese Forderungen heranzuführen. Ganz konkret muß für Siemens, für die BVG, für Krupp, für Leuna, für die Arbeitslosen einzelner Orte und Stadtteile besprochen werden, für welche elementaren Forderungen die breitesten Massen gewonnen werden können und wie die Massenmobilisierung in den Betriebsabteilungen, in der „Arbeitsfront“ oder an der Schemmelstelle durchgeführt werden soll...

Die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse kann nur auf dem Wege über die Aktionseinheit und durch die Gewinnung der Arbeitermassen für den revolutionären Klassenkampf, für den Kampf um den Sozialismus erreicht werden. Deshalb wird die Kommunistische Partei alles für die Schaffung der kämpfenden Einheitsfront tun. Sie fordert keine Vorbedingungen von den Sozialdemokraten, sie fordert nur den Willen zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, den gemeinsamen Feind!

Wir Kommunisten erklären, daß wir zur Herstellung der Aktionseinheit für den

Kampf um die nächstliegenden Ziele alle prinzipiellen Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten zurückstellen und vorbehaltlos und uneingeschränkt zum gemeinsamen Kampf mit den sozialdemokratischen Klassengenossen bereit sind.

Aus „Das Gebot der Stunde“, Nr. 45/1935.

...Ist es nicht der sehnlichste Wunsch aller Hitlergegner, endlich zur Sammlung und zum einheitlichen Handeln gegen das barbarische Hitler-Regime zu kommen? Wir Kommunisten fragen alle Werktätigen: Könnte es nicht anders sein in Deutschland, wenn alle Arbeiter einheitlich gegen den gemeinsamen Feind, gegen Hitler, handeln würden? Ist es nicht beschämend, daß Hitler höhnisch in Nürnberg behaupten konnte, seine Gegner seien sich nicht einig und hätten kein gemeinsames positives Programm?...

Wir glauben, daß eine Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen um so eher möglich ist, als im Aufruf des Prager Vorstandes der SPD vom 28. Januar 1934 Forderungen enthalten sind, die mit den Forderungen der KPD übereinstimmen, so zum Beispiel die Forderungen auf Sicher-

ung und Verbesserung der Lebenshaltung der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, auf Wiedererringung demokratischer Rechte, auf Wiederherstellung der Koalitions-, Versammlungs- und Pressefreiheit usw. Es kommt unseres Erachtens jetzt vor allem darauf an, daß das Zentralkomitee der KPD und der Prager Vorstand zusammen die Organisationen der beiden Parteien im Lande auffordern, gemeinsam zu handeln, die Fragen, die jeweils die Massen am meisten bewegen, wie die Teuerung, der Terror, die Kriegspolitik Hitlers, zum Anlaß der gemeinsamen Organisation der Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen zu nehmen und sich gegenseitig in der Abwehr des Terrors und der Spitzel zu helfen...

Manche sozialdemokratischen Führer fürchten, daß durch die Einheitsfront mit der KPD die „bürgerlichen Kräfte abgestoßen“ werden. Es ist aber umgekehrt Tatsache, daß bürgerliche Kräfte, die Zentrumskreise oder Kreise der früheren Demokraten angehören, Wissenschaftler und Intellektuelle die Sozialdemokratie auffordern, den Widerstand gegen die Einheitsfront aufzugeben und sich aktiv an der Schaffung der Volksfront zu beteiligen.

# Die Arbeiterparteien müssen das deutsche Volk gemeinsam aus ernster Lage herausführen

Entsprechend den Grundprinzipien unserer Politik in der nationalen Frage, wonach das Deutschlandproblem nur durch die Sicherung des Friedens, durch Entspannung in Deutschland und Europa und die Beseitigung der Allmacht der westdeutschen Monopole gelöst werden kann, begann unser Staat in den ersten Wochen dieses Jahres eine umfassende Offensive des Friedens, der Entspannung und Verständigung. Sie wurde mit der Neujahransprache des Vorsitzenden des Staatrates der DDR und Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, eingeleitet und durch die Vorschläge Otto Wintzars an die Regierungen Europas zur Durchführung einer europäischen Sicherheitskonferenz sowie das von der Weltöffentlichkeit stark beachtete Memorandum der DDR-Regierung an die Genfer Abrüstungskonferenz Anfang Februar d. J. wirkungsvoll fortgesetzt. Die DDR unterstrich mit diesen konstruktiven Vorschlägen und Anregungen vor aller Welt ihre Rolle und Bedeutung als Friedensfaktor in Europa. Der am 11. Februar 1966 veröffentlichte offene Brief fügt sich organisch in diese Friedens- und Verständigungspolitik unserer Partei und Regierung ein. Er ist ein würdiger Beitrag zur Vorbereitung des 20. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD.

Der offene Brief ist Ausdruck der Kontinuität der Politik der SED gegenüber der Arbeiterklasse Westdeutschlands, der SPD und den Gewerkschaften. In dem Brief sind die großen Erfahrungen

Von Dr. Harry Pawula und Manfred Schubert

und schmerzlichen Lehren eingeflossen, die die deutsche Arbeiterklasse und unsere Partei in einem jahrzehntelangen Kampf gegen den deutschen Imperialismus bei der Herstellung der Aktionseinheit und Volksfront, angefangen vom VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und der Belaezer Partekonferenz der KPD 1935, über den Widerstandskampf gegen den Faschismus, die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung nach 1945 bis zur Gegenwart sammeln konnte. Er widerspiegelt die hohe Rolle, die sich unsere Partei im Laufe ihrer zwanzigjährigen Entwicklung bei der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die komplizierten Bedingungen des geteilten Deutschlands erworben hat. Er ist Ausdruck des tiefen Verantwortungsbewusstseins unserer Partei und unseres Staates für die Geschichte des ganzen deutschen Volkes.

Der offene Brief weist einen konkreten Weg, wie man sich über erste Schritte zur Sicherung des Friedens und zum Abbau des kalten Krieges in Deutschland verständigen und im Jahre 1966 die weitere Vertiefung der Gegensätze zwischen beiden deutschen Staaten verhindern kann. Er nennt die gesellschaftlichen Kräfte, die in ganz Deutschland in ständiger Sorge um die Geschichte der Nation im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts zu wirken: die deutschen Arbeiter in Ost und West — die stärkste Kraft der Gesellschaft und die SED und SPD als die bei weitem stärksten Parteien Deutschlands.

Von Wissenschaftlern, Studenten, Arbeitern und Anzweilten unserer Universitäten werden im Zusammenhang mit dem offenen Brief viele Fragen gestellt. So die, ob die dort unterbreiteten Vorschläge und Anregungen auch den tatsächlichen Bedingungen des Klassenkampfes in Westdeutschland, der Lage in der Arbeiterklasse und der SPD entsprechen oder ob unsere Partei nicht etwa den Blinden die Entwicklung und die Formierung der progressiven Kräfte in Westdeutschland über-

schätzt. Klare geht es hier um die Frage, ob die Partei die Lage in Westdeutschland konkret und sachlich einschätzt. Außerdem kommt in solchen Fragen oft eine gewisse Sorge zum Ausdruck, ob unsere Vorschläge auch bei den westdeutschen Werktätigen positiv aufgenommen werden und nicht nach kürzerer oder längerer Zeit wieder in Vergessenheit geraten. Zu dem letzteren soll an dieser Stelle nur gesagt werden, daß auch die vielen Verständigungsvorschläge, die wir bisher schon unterbreitet haben, nicht vergebens waren. Sie übten ihren Einfluß auf die Entwicklung in Westdeutschland aus und trugen zu ihrem Teil zum Prozeß eines gewissen Umdenkens gerade unter den westdeutschen Werktätigen bei. Sie

### Bemerkungen zum offenen Brief an die Delegierten des Dortmunder Parteitages und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland

Entsprechen die unterbreiteten Vorschläge und Anregungen den tatsächlichen Bedingungen des Klassenkampfes in Westdeutschland, der Lage der Arbeiterklasse und der SPD oder unterstützt unsere Partei den Stand der Entwicklung und der Formierung der progressiven Kräfte in Westdeutschland?

schufen außerdem wesentliche Voraussetzungen für den offenen Brief, man denke nur an die 1959 im „Deutschlandplan des Volkes“ entwickelten Gemeinsamkeiten der Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten.

Wir wollen versuchen, einige Faktoren zu nennen, die in der Gegenwart einen günstigen Boden für die Aufnahme des offenen Briefes in Westdeutschland schaffen, und dabei die aufgeworfenen Fragen beantworten.

Unsere Partei, die Regierung der DDR und viele westdeutsche Werktätige schätzen die Lage in Westdeutschland als sehr ernst ein. Die Kräfte der Reaktion wurden durch den Ausgang der Bundestagswahlen ermutigt, ihre antinationale, friedens- und verständigungsfeindliche Politik der Kriegsvorbereitung nach innen und nach außen verstärkt fortzusetzen. In Verwirklichung dieser Politik fordert die Bonner Regierung immer heftiger die Beteiligung an Atomwaffen, stellt unverschämte Grenzforderungen an sozialistische Staaten, beteiligt sich schamlos am schmutzigen Krieg in Vietnam, torpediert jede Möglichkeit der Entspannung und unterdrückt, indem sie dem Gesetz der imperialistischen Kriegsvorbereitung folgt, jede selbständige Regierung in Westdeutschland selbst. Mit den Notstandsgesetzen will sie insbesondere den Gewerkschaften Ketten anlegen. Immer mehr bricht sich bei westdeutschen Arbeitern, Intellektuellen, Publizisten und anderen demokratisch gesinnten Kräften die Erkenntnis Bahn, daß die Politik der deutschen Imperialisten zur Isolierung und Liquidierung der DDR zum Scheitern verurteilt ist. Diese Politik steckt so tief in der Sackgasse, daß von ihr nur eine weitere Vertiefung und Versteinerung der deutschen Spaltung zu erwarten ist. Demokratische Kräfte, insbesondere in der Arbeiterbewegung, suchen nach einem Ausweg aus dieser Situation.

In der SPD vollzieht sich gegenwärtig eine beachtliche Diskussion über die Entwicklung in Westdeutschland und die Rolle der SPD. Die Feststellung des Briefes, daß die SPD an einem Scheideweg steht, daß das gerade die Bundestagswahl gezeigt habe, wird von zahlreichen SPD-Mitgliedern und -Funktionären geteilt. In fast allen Landes-, Bezirks- und Ortsorganisationen der SPD ist diese Diskussion nach den Bundestagswahlen in Gang gekommen. Bekannt sind die Thesen, die die Organisation der SPD in Westberlin zum Wahlausgang veröffentlichte und zur Diskussion stellte. In Hessen-Süd, Schleswig-Holstein u. a. Regionalorganisationen der SPD geht diese Diskussion vor sich und erfaßt auch die leitenden Gremien der SPD. Die meisten Sozialdemokraten empfinden, daß es dringend notwendig ist, sich neu zu orientieren, die Politik der Anpassung durch entscheidende Abgrenzung von der CDU-CSU zu ersetzen, kurz: eine alternative Politik gegenüber der der Monopolbourgeoisie und ihrer Regierung zu entwickeln. In der SPD wird über die Ursachen der Wahlniederlage und das künftige Profil einer selbständigen alternativen Politik der Partei, besonders auch in der Deutschlandfrage, sehr heftig diskutiert. Es zeigen sich zumindest in der Tendenz Ansätze zu einer Annäherung an die Positionen der DGB-Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften des DGB verkörpern gegenwärtig die stärksten Kräftepotenzen der westdeutschen Werktätigen im Kampf gegen die Allmacht der Monopole. Sie werden objektiv immer mehr zum wichtigsten Faktor des demokratischen Kampfes. Ihre Struktur als Einheitsgewerkschaften schafft besonders günstige Voraussetzungen für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiter-

klasse, der Zusammenarbeit von sozialistischen, kommunistischen, christlichen und parteilosen Werktätigen im Kampf für die Realisierung der Beschlüsse des DGB und seiner Gewerkschaften.

In Gestalt des Aktionsprogramms des DGB von 1963, des Aktionsprogramms von 1965 und der Beschlüsse der Einzelgewerkschaften verfügt die westdeutsche Arbeiterklasse über wichtige Grundlagen für ein legales konstruktives, demokratisches und antimonopolistisches Alternativprogramm. Die über 6,5 Millionen im DGB organisierten Arbeiter und Angestellten stellen eine gewaltige politische Kraft dar, mit der die westdeutsche Monopolbourgeoisie rechnen muß. Sie haben im vergangenen Jahr bewiesen, daß sie imstande sind, den Angriffen der Reaktion zu trotzen und ihre Positionen zu verteidigen (Kampf gegen Atomaufrüstung und Notstandsgesetze, für Erweiterung der Mitbestimmung, gegen die soziale Reaktion und gegen den beabsichtigten Lohnstopp).

Dabei ist von großer Bedeutung, daß ein großer Teil der Gewerkschaftler Mitglied bzw. Funktionär der SPD ist und umgekehrt fast alle Mitglieder und Funktionäre der SPD einer DGB-Gewerkschaft angehören. Gerade deswegen werden die Kräftepotenzen der Gewerkschaften auch in der SPD wirksam. Somit sind z. Z. innerhalb der westdeutschen Arbeiterbewegung günstige Bedingungen und Voraussetzungen für die Diskussion der im offenen Brief aufgeworfenen Probleme vorhanden. Daran knüpft der offene Brief an. Er versucht, in dieser Situation des Suchens nach neuen Wegen, nach einem Profil der SPD, nach einer konstruktiven Haltung in der nationalen Frage, im Kampf gegen die Übermacht der Monopole und ihren Kriegskurs die historischen Erfahrungen unserer Partei zu vermitteln, ohne daß wir uns in die inneren Auseinandersetzungen in der SPD einmischen wollen. Das ist deshalb möglich, weil unsere Partei der SPD gegenüber keinerlei Bedingungen stellt außer der einen, „daß beide Parteien mit gutem Willen zu einer offenen Aussprache bereit sind“ (Friedrich Ebert im Sonntagsgespräch des Deutschlandenders am 20. Februar 1966).

Aus der in Westdeutschland entstandenen Lage und den sich in der Arbeiterbewegung abzeichnenden Tendenzen zieht unsere Partei die Schlußfolgerung, daß eine Veränderung zum Positiven in Westdeutschland nur von der deutschen Arbeiterklasse und ihren größten Parteien, der SED und der SPD, zu erwarten ist. Sie nennt damit gleichzeitig die Hauptkräfte, die Veränderungen in Westdeutschland herbeiführen können. Der offene Brief läßt sich somit nicht von irrealen Wunschvorstellungen gegenüber der Situation in Westdeutschland leiten, sondern geht von der wissenschaftlichen, realen und nüchternen Analyse und Einschätzung der gegenwärtigen Lage in Westdeutschland aus.

Die richtige Einschätzung der Lage in Westdeutschland durch unsere Partei und die Wirksamkeit des offenen Briefes bestätigt sich durch das erste Echo in der westdeutschen Arbeiterklasse. Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß der offene Brief, um mit den Worten des englischen „Guardian“ vom 12. Februar 1966 zu sprechen, „mehr als das übliche Interesse erweckt (hat)“, eben weil er an die echten nationalen Belange anknüpft. Mitglieder und Funktionäre der SPD und der Gewerkschaften betonen in ersten Stellungnahmen, daß der ... Brief der SED an uns Sozialdemokraten ... gerade zur richtigen Zeit (kommt)“ (ND, A. 17, 2. 66). Sie begründen ihn als eine „echte nationale Initiative“ (ebd., 19. 2. 1966).

Der Eindruck, den unsere Initiative auf die westdeutsche Arbeiterklasse gemacht hat, ist so groß, daß bereits unmittelbar nach der Veröffentlichung des Briefes das Präsidium des Parteivorstandes der SPD zu der darin aufgeworfenen Problematik Stellung nahm und betonte, daß die SPD auf die Fragen und Vorschläge der SED offen antworten werde. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Herbert Wehner, hat schon mehrmals öffentlich zum Brief Stellung genommen, wobei er am Sonntag, dem 10. Februar 1966, in einem Rundfunkinterview erklärte, daß Anhänger der SPD tatsächlich die Empfehlung hätten, daß sich aus unseren Vorschlägen „wirkliche gesamtdeutsche Hoffnungen ergeben könnten“ (LVZ, 21. 2. 1966). Wehner bekräftigte seine bereits am 12. Februar 1966 im RIAS abgegebene Erklärung, daß die SPD den offenen Brief „Punkt für Punkt“ beantworten werde.

Die inzwischen bekanntgewordene Stellungnahme zum Brief sprechen für sich. Sie beweisen, daß die Vorschläge und Anregungen unserer Partei tatsächlich bei einem sehr großen Teil der Mitglieder und Funktionäre der SPD und der Gewerkschaften auf fruchtbaren Boden fallen. Darin bestätigt sich, daß durch den offenen Brief solche Fragen aufgeworfen werden, mit denen sich die westdeutschen Werktätigen selbst schon längere Zeit beschäftigen. Das Echo auf den offenen Brief in Westdeutschland beweist, daß es unter den Angehörigen der westdeutschen Arbeiterparteien und -organisationen eine gegenüber früher gewachsenen Bereitschaft zur Aussprache mit den entsprechenden Organisationen der DDR zur Lösung der Lebensfragen des deutschen Volkes gibt. Viele Westdeutsche weisen darauf hin, daß es notwendig ist, die gebotene Chance wahrzunehmen, darum zu kämpfen, daß die in Gang gekommene Diskussion nicht wieder zum Stillstand kommt. Das sind ermutigende Anzeichen, die auf eine erfolgversprechende Fortsetzung der begonnenen großen Aussprache hoffen lassen.



Wilhelm Flick und Otto Grotewohl bei ihrem Besuch im Ruhrgebiet im Jahre 1946.

Foto: EB